Stand: 12.07.2025 18:27:45

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/26941

"Unabhängige Anlaufstelle für Betroffene von sexualisierter Gewalt im kirchlichen Kontext einrichten - Streitigkeiten im Kabinett im Sinne der Betroffenen endlich beilegen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/26941 vom 14.02.2023
2. Beschluss des Plenums 18/27001 vom 15.02.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 136 vom 15.02.2023

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 14.02.2023 **Drucksache** 18/**26941**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Unabhängige Anlaufstelle für Betroffene von sexualisierter Gewalt im kirchlichen Kontext einrichten – Streitigkeiten im Kabinett im Sinne der Betroffenen endlich beilegen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die kabinettsinternen Unstimmigkeiten zwischen der Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales Ulrike Scharf und dem Staatsminister der Justiz Georg Eisenreich zu überwinden und endlich eine unabhängige Anlaufstelle für Betroffene von sexualisierter Gewalt und deren Angehörige zu schaffen.

Diese Stelle soll bayernweit kostenfreie, anonyme und qualifizierte Beratungen anbieten und als unabhängige Anlaufstelle für alle Betroffenen sexualisierter Gewalt und deren Angehörige fungieren. Die Bedarfe der Betroffenen von sexualisierter Gewalt in den Kirchen, die nicht mit der Institution Kirche und den dort angesiedelten Beratungsangeboten in Kontakt treten können oder wollen, sollen mit diesem Angebot explizit abgedeckt werden.

Begründung:

„Missbrauch gehört zum Schlimmsten, was Menschen widerfahren kann“, so Staatsministerin Ulrike Scharf Anfang dieser Woche in einem Artikel des Münchner Merkur zum Missbrauchsskandal. Dass die Aufarbeitung der Missbrauchsfälle in der Kirche so lange nicht angegangen und verschleppt worden ist, kritisierte die Staatsministerin öffentlich. Staatsminister Georg Eisenreich äußerte sich ebenfalls kritisch zum Aufarbeitungsprozess. Warum die Staatsanwaltschaft das Gutachten der Erzdiözese München von 2010 jahrelang – bis 2019, also 9 Jahre – ignoriert habe, während öffentlich intensiv über die Verbrechen durch Kleriker an Kindern diskutiert worden sei, könne man heute nicht mehr sagen, beteuerte Georg Eisenreich[1].

Die Staatsregierung ist sich demnach ressortübergreifend einig, dass es in Bezug auf die Aufarbeitung des sexualisierten Missbrauchs in der katholischen Kirche weitreichende Versäumnisse gab. Die Leidtragenden dieser versäumten Aufarbeitung sind die Betroffenen und ihre Angehörige, die zeitlebens mit massiven Einschränkungen leben müssen. Es handelt sich bei dem Skandal nicht um Einzelfälle, sondern um ein institutionelles Versagen der Kirchen. Sexualisierte Gewalt ist eine Form des Verbrechens, dessen Aufarbeitung und Aufklärung im besonderen Maße eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Der Staat hätte hier schon viel früher eingreifen und die Aufarbeitung vorantreiben müssen, dazu ist er laut Art. 6 Grundgesetz durch seine Wächterfunktion

[1] https://www.sueddeutsche.de/muenchen/bayern-katholische-kirche-missbrauch-justizminister-kritik-1.5711801

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

verpflichtet. Es ist überfällige Aufgabe der Staatsregierung, den Betroffenen bestmöglich zur Seite zu stehen. Deshalb ist die Staatsregierung in der Pflicht, bestmögliche Angebote und Beratungen für die Betroffenen zu schaffen. Die Beratungsstellen im Bereich der sexualisierten und häuslichen Gewalt, die derzeit existieren, sind notwendige Stellen mit sehr guten Angeboten, die aber nicht auf Betroffene sexualisierter Gewalt in den Kirchen zugeschnitten sind. Deshalb muss das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales hier endlich aktiv werden und eine eigene Stelle einrichten, die explizit auf Fälle des sexualisierten Missbrauchs spezialisiert ist, so wie von anderen Stimmen des Kabinetts ebenfalls bereits gefordert wurde.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 15.02.2023 **Drucksache** 18/**27001**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/**26941**

Unabhängige Anlaufstelle für Betroffene von sexualisierter Gewalt im kirchlichen Kontext einrichten – Streitigkeiten im Kabinett im Sinne der Betroffenen endlich beilegen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Gabriele Triebel
Abg. Ulrich Singer
Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Diana Stachowitz
Abg. Barbara Becker
Abg. Matthias Fischbach
Abg. Dr. Hubert Faltermeier
Abg. Toni Schuberl
Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback
Abg. Dr. Beate Merk

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Unabhängige Anlaufstelle für Betroffene von sexualisierter Gewalt im kirchlichen Kontext einrichten - Streitigkeiten im Kabinett im Sinne der Betroffenen endlich beilegen! (Drs. 18/26941)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Schaffung einer unabhängigen Anlaufstelle für Opfer sexuellen Kindesmissbrauchs (Drs. 18/26960)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Diana Stachowitz, Doris Rauscher u. a. und Fraktion (SPD)
Für eine Kultur des Hinschauens - Betroffene ernst nehmen - Unabhängigen Missbrauchsbeauftragten für Bayern einrichten (Drs. 18/26961)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache.

(Unruhe)

Ich bitte um etwas mehr Ruhe im Saal. – Ich erteile der Kollegin Gabriele Triebel für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Kinder und Jugendliche sind auf Schutz angewiesen. Sie können sich nicht wehren wie Erwachsene. Sowohl im Grundgesetz als auch in der Bayerischen Verfassung nimmt der Schutz unserer Kinder zu Recht einen ganz besonderen Platz ein. Der Staat übernimmt damit folgerichtig eine Wächterfunktion. Dass sexualisierte Gewalt zu

den schlimmsten Erfahrungen gehört, die Kinder machen können, das wissen wir alle, und auch, dass die traumatisierten Opfer ein Leben lang darunter leiden, ganz besonders, wenn sie den Tätern vertrauten.

Seit 2010 machen uns immer neue Enthüllungen über sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen im Kirchenumfeld fassungslos; denn hier passiert etwas ganz Perfides: Unter dem Dach einer Gemeinschaft, die sich um das Seelenheil von Menschen kümmern will, werden Kinderseelen zerstört. Nur von Einzelnen? – Ein klares Nein. Die 2010 und 2022 vorgelegten Gutachten benennen allein für die Erzdiözese München und Freising nahezu 500 Missbrauchsfälle. Das sind 500 konkrete Fälle, die allesamt durch Akten belegt sind. Über die Dunkelziffer möchte ich erst gar nicht sprechen. Da kann doch niemand mehr von Einzelfällen sprechen. Es geht ganz klar um ein institutionelles Versagen, und zwar ein Versagen der Institution Kirche. Die Staatsregierung darf hier einfach nicht länger wegschauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der CSU, neun Jahre ignorierten Ihre Parteifreunde, die Ex-Justizministerin Merk und der Nachfolger Herr Prof. Bausback, die Verbrechen, die Ihnen 2010 das erste WSW-Gutachten auf dem Silbertablett präsentierte. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen. Ihr Kollege, Justizminister Eisenreich, ist der erste Minister, der zaghaft ein kleines Loch in die Mauer des Wegschauens reißt. Er und Ministerin Scharf kritisierten öffentlich die schleppende Aufarbeitung durch die Kirche. Minister Eisenreich forderte sogar eine unabhängige Ombudsstelle im Verfassungsausschuss. Wir GRÜNE hatten die Hoffnung, dass das Wegschauen der Söder-Regierung nun ein Ende hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Leider wurden wir schnell eines Besseren belehrt. So unverhofft Minister Eisenreich sich für die unabhängige Anlaufstelle für Betroffene ausgesprochen hat, so schnell kassierte seine Kabinettskollegin Ministerin Scharf seinen Vorstoß leider wieder ein.

Schon wieder wird so getan, als ob die Staatsregierung das Ganze nichts angeht. Verehrte Minister*innen, es ist aber Ihre gesetzliche Aufgabe, die Wächterfunktion zu übernehmen. Sich einfach wegzuducken ist eine Verantwortungslosigkeit und eine Empathielosigkeit gegenüber den Opfern, die mich fassungslos macht und – mit Verlaub – die zum Himmel schreit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre kabinettsinternen Unstimmigkeiten verhindern effizientes, längst überfälliges Krisenmanagement. Deswegen der Appell an Sie, Kolleginnen und Kollegen der christlich-sozialen Regierungspartei: Denken Sie an die Not der Betroffenen! Beenden Sie Ihre Auseinandersetzung! Helfen Sie den Betroffenen jetzt mit einer niederschwelligen und unabhängigen Anlaufschwelle; denn die Betroffenen mussten schon viel zu viel ertragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Bevor der nächste Redner aufgerufen wird, gebe ich bekannt, dass zum Dringlichkeitsantrag unter Rangziffer 3, Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER und der CSU auf Drucksache 18/26942, namentliche Abstimmung beantragt worden ist. – Nun hat der Abgeordnete Ulrich Singer für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Geschätztes Präsidium, geschätzte Kollegen! Frau Kollegin Triebel, ich war mir bei Ihrem Vortrag nicht sicher, ob es darum geht, die Kirchen anzuprangern, oder ob Sie wirklich den Menschen helfen wollen. Der letztere Ansatz ist tatsächlich wichtig. Wir müssen wegkommen von einer Kultur des Wegsehens. Die dauert nämlich jetzt schon jahrelang an. Wir müssen hin zu einer Kultur des Hinschauens. Geschätzte CSU, wir müssen weg von einer Kultur des Verzögerns, hin zu einer Kultur des Handelns.

Deshalb fordern wir als AfD-Fraktion die Einrichtung einer einheitlichen und zentralen und vor allem unabhängigen Beratungsstelle, und zwar für alle Menschen, die Opfer von sexuellem Kindsmissbrauch geworden sind, und zwar in jedem Kontext – das unterscheidet uns von Ihrem Antrag, Frau Kollegin Triebel –, nicht nur im kirchlichen Kontext. Das ist auch der Grund, warum wir Ihrem Antrag nicht zustimmen können. Es kann ja keine Rolle spielen, ob jemand Missbrauch in einem Verein oder in einer anderen Einrichtung, in einer Schule oder im Elternhaus erlebt hat oder ob dieser in einer Kirche stattgefunden hat. Das ist immer schrecklicher Missbrauch. Unsere Ministerin Scharf hat da auch recht: Missbrauch gehört immer zum Schlimmsten, was einem Menschen widerfahren kann. Deswegen muss man auch handeln.

Deswegen fordern wir in unserem Antrag auch ein Zusammenspiel, eine Zusammenarbeit der verschiedenen Kontrollinstanzen wie zum Beispiel auch mit dem pädagogischen Personal in Schulen, in Kindergärten sowie den Jugendämtern. Dies muss schnell und direkt passieren, weshalb es sinnvoll ist, eine einheitliche Ansprechstelle und Beratungsstelle zu schaffen. Dies ist mit der von uns geforderten Stelle besser möglich als mit der im Antrag der GRÜNEN.

Der Antrag der SPD geht dahin, einfach einen weiteren Beauftragten zu schaffen. Wir sind grundsätzlich gegen die Vielzahl der Beauftragten; denn wir brauchen eine echte Anlaufstelle für die Opfer sexueller Gewalt gegen Kinder. Hier darf es kein "Weiter so" geben, geschätzte Kollegen. Pädophilie kann es in allen gesellschaftlichen Schichten und Institutionen geben, und sexueller Kindsmissbrauch kann leider überall stattfinden.

Die Frage ist: Wie gehen wir als Gesellschaft damit um? Hier sieht man, dass die Entscheidungsträger auch aus der Politik viel zu oft und viel zu lange weggesehen haben. Packen wir es gemeinsam an! Schützen wir endlich unsere Kinder und Jugendlichen!

Ich bringe einige Zahlen aus dem Jahr 2020. In Deutschland wurden über 14.500 Fälle von sexuellem Kindsmissbrauch angezeigt, über 18.700 Fälle von Ver-

breitung, Erwerb und Besitz und Herstellung von Kinderpornografie und über 3.000 Fälle von Verbreitung, Erwerb und Besitz von Jugendpornografie. Diese Zahlen decken nur das Hellfeld ab; das Dunkelfeld, das polizeilich gar nicht bekannt ist, ist weitaus größer. Dunkelfeldforschungen ergeben, dass etwa jeder siebte bis achte Erwachsene in Deutschland sexuelle Gewalt in der Kindheit und der Jugend erlebt hat und unter den Frauen jede fünfte bis sechste Frau betroffen ist.

Der sexuelle Missbrauch findet häufig zu Hause statt, durch die eigenen Angehörigen, aber natürlich auch in den verschiedensten Institutionen, in den Schulen, in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, in Sportvereinen und leider – das muss man auch zugeben – selbstverständlich auch in den Kirchen. Deswegen brauchen wir Aufklärung und eine Beratungsstelle. Unseres Erachtens ist davon auszugehen, dass das Problem letztlich nur durch eine unabhängige Beratungsstelle gelöst werden kann. Das ist eine wichtige Einrichtung. Ich bitte darum, gemeinsam etwas gegen Kindsmissbrauch in Bayern zu tun.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion die Kollegin Diana Stachowitz. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Diana Stachowitz (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein wirklich sehr, sehr ernstes Thema. Die Kinder brauchen unsere Unterstützung; die Kinder brauchen unsere Hilfe. Als Erstes ist eine Kultur des Hinschauens zu etablieren. Die SPD-Landtagsfraktion hat schon fünfmal beantragt, eine unabhängige Stelle zu schaffen, an die sich die Kinder, die betroffenen Jugendlichen und auch Erwachsene wenden können, um von dieser unabhängigen Stelle Hilfe zu erfahren und Beratung zu bekommen.

Wir haben es schon vielfach gehört: Das betrifft nicht nur die Kirchen, sondern einen erweiterten Kreis. Deswegen wollen wir den Blick nicht auf die Kirchen verengen, sondern wollen das einfach weiter sehen. Wir wollen die Betroffenen ernst nehmen und

einen unabhängigen Missbrauchsbeauftragten installieren, so wie dies auf Bundesebene auch geschehen ist, um aus all den schrecklichen Fällen zu lernen.

Uns ist wichtig, ganz deutlich darauf hinzuweisen, dass wir sehr wohl Aufarbeitungskommissionen in den verschiedenen Erzdiözesen und der evangelischen Kirche haben. Wir hatten mit diesen Aufarbeitungskommissionen ein interfraktionelles Treffen. Die Aufarbeitungskommissionen haben sehr deutlich dargestellt, welche strukturellen Probleme es in Institutionen gibt. Wir müssen aufarbeiten, welche Strukturen hergestellt werden müssen. Man kommt immer wieder auf die unabhängige Stelle eines Missbrauchsbeauftragten. Wir wissen nämlich: Die Betroffenen gehen nicht zu den Täterorganisationen. Deswegen ist es so wichtig, außerhalb dieser Strukturen den unabhängigen Missbrauchsbeauftragten zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Zudem ist es wichtig, das Beratungsnetzwerk ganz deutlich auszubauen und es überall in Bayern anzubieten; denn jetzt haben wir Wartezeiten, die bis zu einem Jahr reichen. Jemand, der betroffen ist, sich entschlossen hat, wirklich Hilfe zu holen, kann nicht ein ganzes Jahr lang warten.

Wir haben in den Antrag extra männliche Betroffene hineingeschrieben, weil die männlichen Betroffenen nicht so gut gesehen werden und auch oft nicht den Mut haben, sich dementsprechend zu zeigen. Von daher bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag.

Den Antrag der GRÜNEN werden wir ablehnen, weil er auf die Verengung auf die Kirche abzielt. Wir sagen, es ist mehr als dringend notwendig, allen Kindern, allen Jugendlichen und Erwachsenen Beratung und Hilfe zu ermöglichen.

Den Antrag der AfD werden wir auch ablehnen, weil er auf das Politik- und Verwaltungsversagen abzielt. – Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Ich gebe bekannt, dass zum hier aufgerufenen Dringlichkeitsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/26941 betreffend "Unabhängige Anlaufstelle für Betroffene von sexualisierter Gewalt im kirchlichen Kontext einrichten – Streitigkeiten im Kabinett im Sinne der Betroffenen endlich beilegen!" auch namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

Nächste Rednerin ist für die CSU-Fraktion die Kollegin Barbara Becker. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Barbara Becker (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei jedem Menschen, dem das passiert ist – so schreibt mir ein Betroffener –, ist brutal eine Tür eingetreten worden. Wenn das wieder heil werden soll, dann nur, wenn sich viele Einzelne die Mühe machen, alle Spreißel, alle Späne und so weiter zu sammeln und die Tür wieder in einen möglichst guten Zustand zu überführen. Aber sehen wird man diese Schäden immer.

Wir als Parlament und als einzelne Parlamentarier und Parlamentarierinnen beschäftigen uns intensiv mit dem Thema sexualisierte Gewalt, auch in den Ministerien. Ich hätte deshalb heute gerne ausführlicher dargelegt, was alles schon passiert.

Frau Triebel, was Sie über die vorherigen Minister, Justizminister und -ministerin gesagt haben, ist so verleumderisch, dass beide eine persönliche Erklärung angekündigt haben, um das klarzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Die Kirchen bemühen sich zumindest um Aufarbeitung. Und wäre es damit genug? Es sind nicht die Kirchen alleine. Von daher ist Ihr Antrag sehr zu kritisieren. Wenn es doch nur dabei geblieben wäre, dass in den Kirchen Missbrauch passiert – wir haben ihn aber weit häufiger. Sexualisierte Gewalt gibt es überall. Von daher finde ich den Ansatz Ihres Antrags einfach falsch.

Jedes Mal, wenn sich ein Betroffener äußert oder sich öffnet und aufzuarbeiten beginnt, geht er erneut durch die Situation und erneut durch die Traumatisierung. Unterschätzen Sie das bitte nicht. Von daher müssen wir extrem aufpassen, wie wir versuchen, den Betroffenen zu helfen. Deshalb braucht es nach unserer Überzeugung verschiedene Anlaufstellen. Diese gibt es.Jeder Betroffene überlegt sich doch ganz genau: Zu welcher Institution gehe ich? Zu welcher Institution kann ich Vertrauen aufbauen? Welche Institution begleitet mich so weit, wie ich möchte, und zwingt mich auch zu nichts? – Das müssen wir denen einfach zugestehen.

Meiner Überzeugung nach braucht es weniger eine zentrale Anlaufstelle – da können wir mal schauen – als auf jeden Fall gemeinsame Standards, nach denen die Fälle bearbeitet werden, denn da besteht die Unklarheit. Da müssten wir die verschiedenen Institutionen zusammenholen und sagen: Was ist eine Entschädigung? Was ist ein guter gelungener Prozess? Ich schaue die Kollegen von der SPD an: Das haben wir gemeinsam mit den Kirchen und den kirchenpolitischen Sprechern beraten. Sie haben sich gemeinsame Standards sehr gewünscht.

Jedes Ministerium übernahm und übernimmt Verantwortung. Je nachdem, um welche Zuständigkeit es geht, werden die Staatsanwaltschaften aktiv oder erst die Polizei, die Beratung, die Therapie, die Begleitung und Entschädigung dann, wenn Fälle schon längst verjährt sind. Das Thema fasst mich an.

Wir lehnen die Anträge so, wie sie sind, ab. Es wird eine Anhörung am 20. April 2023 im Rechtsausschuss geben. Ich bin der Überzeugung, dass wir hier keine Parteipolitik auf dem Rücken der Betroffenen machen sollten. Wir sollten mit den Betroffenen sprechen – nicht nur, aber auch bei dieser Anhörung. Dann hören wir genau hin, ob wir eine Anlaufstelle brauchen oder besser gemeinsame Standards, die wirklich allen helfen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Dazu erteile ich das Wort an die Kollegin Gabriele Triebel für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Frau Kollegin Becker, um das klarzustellen: Ich glaube, Sie haben etwas verwechselt. Wir haben uns nicht mit den Kirchen, sondern mit den unabhängigen Aufarbeitungskommissionen getroffen. Wir kirchenpolitische Sprecher sind mit den unabhängigen Aufarbeitungskommissionen zusammengesessen und nicht mit den Kirchen. Ich weiß nicht, was die CSU macht, aber wir sind mit den Aufarbeitungskommissionen zusammengesessen.

Barbara Becker (CSU): Frau Triebel, das ist ein Teil der Wahrheit. Ich weiß schon, dass die Evangelische Kirche dabei ganz oft untergeht. Die unabhängigen Aufarbeitungskommissionen sind auf der katholischen Seite eingesetzt, das stimmt, und die Evangelische Kirche war auch dabei. Sie war vielleicht nicht so laut; daher haben wir beide recht.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Dann gebe ich bekannt, dass zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/26961 betreffend "Für eine Kultur des Hinschauens – Betroffene ernst nehmen – Unabhängigen Missbrauchsbeauftragten für Bayern einrichten" namentliche Abstimmung beantragt worden ist. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Matthias Fischbach. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Missbrauchsfälle im kirchlichen Umfeld sind ein Thema, das wirklich beunruhigend ist – nicht nur, weil die Zahl der mittlerweile durch die Studien bekannt gewordenen Fälle unfassbar hoch ist, sondern auch, weil es eben ein sehr großes Dunkelfeld zu befürchten gibt und sich hinter all diesen Zahlen einfach viele bewegende Einzelschicksale befinden, also Betroffene, die von schweren Misshandlungen schon im Kin-

desalter berichten, Menschen, die ihr ganzes Leben unter den Folgen dieser traumatischen Erlebnisse leiden müssen.

Sich dieses Ausmaß klarzumachen ist belastend. Deshalb muss auch endlich vonseiten der staatlichen Stellen entschieden gehandelt werden. Zu lange wurde weggeschaut, zu lange wurden Ausreden gesucht, und zu unangenehm war gerade hier in Bayern vielen das Thema. Anders ist es nicht erklärbar, dass zum Beispiel über neun Jahre hinweg die erste Missbrauchsstudie aus München-Freising von den Staatsanwaltschaften nicht einmal angefordert worden ist, seinerzeit auch vom Justizministerium nicht, sondern erst 2019 war es so weit, trotz damals klarer Weckrufe auch der Gutachter. So war zum Beispiel die Rede von Aktenvernichtung – keine Reaktion. Nur weiter zuzuschauen, muss man als Staatsversagen bezeichnen.

(Beifall bei der FDP)

Da reden wir nur über diesen einen exemplarischen Vorgang und noch nicht einmal über die Rolle von Jugendämtern sowie von Schul– und Heimaufsicht, was wir noch einmal grundlegend aufarbeiten müssen, bevor wir uns zu irgendeinem Beschluss durchringen; das sage ich an die Adresse der AfD.

Es ist aber dringend nötig, die Anlaufstelle für Missbrauchsopfer zu beschließen. Das können wir gerade im angesprochenen Themenfeld nicht allein den Kirchen überlassen. Schon im letzten Juni hat die FDP-Fraktion einen Dringlichkeitsantrag zur Einrichtung einer Anlaufstelle für die Missbrauchsopfer eingereicht, die bei Krisen Hilfe leisten, wohnortnahe Therapie– und Selbsthilfeangebote bereitstellen bzw. darüber informieren und insbesondere über rechtliche Schritte sowie nicht zuletzt über die Opferentschädigung beraten soll.

Schon damals hat sich die Sozialministerin dagegen ausgesprochen, auch gerade im Nachgang gegenüber den Nachfragen und Wünschen der Opfervertretungen. Heute ist immerhin der Justizminister bereit, den Opfern die Hand zu reichen. Das ist überfällig. Es ist längst an der Zeit, dass sich die gesamte Staatsregierung dieser Position an-

schließt. Dennoch wäre das aber nur ein erster Schritt. Wir müssen das Dunkelfeld aufklären; die Dunkelfeldstudie ist unerlässlich. Die Rolle der staatlichen Institutionen auch im Umgang mit den Missbrauchsfällen bei den Kirchen muss unabhängig und grundlegend aufgearbeitet werden. Auf dieser Basis können wir dann Verantwortungen klären und eine Reform zumindest der staatlichen Strukturen diskutieren.

Abschließend möchte ich festhalten, dass es leider mit jeder Anfrage, die ich zu dem Thema stelle – mittlerweile bin ich bei fünf –, immer wieder zu Abgründen und zu Problemen kommt, die sich dort auftun und die wiederum genauer untersucht werden müssen. Es gibt einfach noch sehr viel zu tun, aber all diesen Fällen nachzugehen und alle Fehler sauber aufzuarbeiten, ist nicht nur eine kirchliche, sondern eben gerade auch eine staatliche, eine gesellschaftliche Verpflichtung, der wir nachgehen sollten.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Abgeordnete Dr. Hubert Faltermeier. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Hubert Faltermeier (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren! Missbrauch ist das Schlimmste, was einem Menschen widerfahren kann. Deshalb sind nicht nur die schlimmen Taten an sich, sondern auch die dilatorische Behandlung, das Verschleppen, das Verzögern eine schlimme Tat. Wir verurteilen das mit großer Klarheit.

Die Aufarbeitung ist nicht allein, aber in erster Linie Sache derjenigen Institutionen, die für die Missbrauchsfälle und die dilatorische Behandlung, die Vertuschung und die Verzögerung direkt oder mittelbar Verantwortung tragen, und das sind die Kirchen. Dabei ist auch zu erwähnen, dass nach der Verfassung eine Trennung von der Kirche und den religiösen Institutionen vorgesehen ist: Die Kirchen stehen nicht unter der Aufsicht des Staates.

Die Kirchen müssen den Opfern jegliche umfassende Unterstützung, Hilfe und Betreuung gewähren und auch entsprechende unabhängige Anlaufstellen schaffen. Das ist zum Teil passiert, zum Teil aber auch noch nicht. Der Staat hat seine Rolle im Strafrecht geltend zu machen. Dass das in den letzten neun Jahren hinreichend der Fall war, kann man bezweifeln, aber ich glaube, die Sensibilität hat in der letzten Zeit zugenommen. Der Staat ist nicht draußen; deshalb findet auch in Kürze im Rechtsausschuss eine Anhörung von Sachverständigen statt, die wir abwarten sollten, um danach die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen.

Zum Antrag der AfD muss ich sagen, dass die Kooperationsarbeit der Jugendämter schlechtgeredet wird. Ich glaube, sie leisten mit den Kinderkoordinierungsstellen und anderen Beratungsstellen vom Roten Kreuz und in kirchlichen Trägerschaften hervorragende Arbeit. Aus eigener Erfahrung weiß ich auch, wie schwierig die Arbeit ist, weil es nicht nur um die Verfolgung tatsächlicher Missbrauchsfälle geht, sondern es auch viele Fälle von Anschwärzungen infolge von Scheidungen oder auch Nachbarschaftsstreitigkeiten gibt, in denen Vorwürfe erhoben werden, die sehr kritisch zu hinterfragen sind. Derzeit sehen wir keinen Raum, den Anträgen zuzustimmen. Wir möchten das geplante Sachverständigenhearing abwarten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. – Für die erste erteile ich das Wort an den Kollegen Toni Schuberl für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Kollege, Sie haben gesagt, es gibt eine Trennung zwischen staatlichen und religiösen Angelegenheiten. Hier hat der Staat auch nicht reinzureden, weshalb die Kirchen die Aufarbeitung selbst machen müssten.

(Dr. Hubert Faltermeier (FREIE WÄHLER): Primär, habe ich gesagt!)

Deshalb möchte ich hier klarstellen, dass sexueller Missbrauch keine religiöse Angelegenheit ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dr. Hubert Faltermeier (FREIE WÄHLER): Danke für den Hinweis; das hätte ich ohne Ihren Hinweis nicht gewusst. Ich habe gesagt: Es ist primär Sache der Verursacher, aber auch Sache des Staates und vor allem Sache des Strafrechts. Wie gesagt, das wird aber oft vermischt, wonach Kirchen der Aufsicht des Staates unterliegen. Das ist nicht der Fall. Im Strafrecht sind sie aber natürlich kein Freiraum.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Abgeordneten Ulrich Singer von der AfD-Fraktion das Wort.

Ulrich Singer (AfD): Geschätzter Herr Kollege, zunächst einmal zu unserem Dringlichkeitsantrag: Wir haben nicht die Arbeit der Jugendämter schlechtgemacht. Wir sind einfach für eine möglichst optimale Koordinierung. Eine zentrale Anlaufstelle wäre da eine gute Lösung.

Aber zu meiner eigentlichen Frage: Sie sagen, dass die Organisation, die für den sexuellen Kindesmissbrauch die Verantwortung trägt, auch die Aufklärung übernehmen soll. Sie wollen, dass das die Kirchen selbst tun. Gilt das auch für andere Institutionen, zum Beispiel Sportvereine, Schulen oder andere Einrichtungen? Wenn jemand zum Beispiel Steuern hinterzieht, soll er dann selbst aufklären, wie er die Steuern hinterzogen hat? Das ist eine komische Vorstellung.

Im Gegenteil: In solchen Fällen muss von außen draufgeschaut werden. Dafür brauchen wir externe und unabhängige Stellen. Deshalb hat die AfD-Fraktion auch eine externe und unabhängige Anlaufstelle gefordert.

Dr. Hubert Faltermeier (FREIE WÄHLER): Herr Singer, wenn Sie aufgepasst hätten, wüssten Sie, dass ich von "unabhängigen Stellen" und nicht von "kirchlichen Stellen" gesprochen habe. Diese unabhängigen Stellen existieren bereits. Es gibt auch andere Stellen.

Wie gesagt: Hören wir uns die Sachverständigen an und ziehen dann die Konsequenzen. Ich glaube, das ist der richtige Weg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Faltermeier. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen.

Uns wurden zwei persönliche Erklärungen zur Aussprache nach § 112 unserer Geschäftsordnung angekündigt. Für die erste persönliche Erklärung erteile ich Herrn Kollegen Prof. Dr. Bausback das Wort.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Frau Triebel hat behauptet, ich hätte in meiner Amtszeit als Justizminister Verbrechen sexualisierter Gewalt ignoriert. Dazu möchte ich feststellen: Ich war und bin der festen Überzeugung, dass kirchliche und religiöse Würdenträger wie jeder andere für Taten sexuellen Missbrauchs zur Verantwortung zu ziehen und hart zu bestrafen sind.

Nach meiner festen Überzeugung gibt es für Kirchen und ihre Würdenträger kein Sonderrecht im Strafrecht. Nach dieser Überzeugung habe ich als Politiker nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt, und ich werde auch in Zukunft danach handeln.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Vielen Dank, Herr Kollege Prof. Dr. Bausback. – Wird eine Gegenrede gewünscht? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. – Damit erteile ich ebenfalls zu einer persönlichen Erklärung zur Aussprache Frau Dr. Merk das Wort.

Dr. Beate Merk (CSU): Hohes Haus! Sehr geehrte Frau Triebel, als kirchenrechtliche Sprecherin Ihrer Fraktion haben Sie hier Ihre Fassungslosigkeit über den Missbrauch an Kindern durch Vertreter der Kirchen ausgesprochen. Das ist ein Thema, das uns alle sehr stark beeinträchtigt und uns sehr angreift. Mich macht aber fassungslos, dass Sie so unsauber recherchiert und über mich gesagt haben, ich hätte weggeschaut, als es um sexualisierte Verbrechen gegen Kinder gegangen sei.

Bereits als Kommunalpolitikerin habe ich mich seit 1995 um dieses Thema gekümmert, und erst recht als Justizministerin. Mir war es immer ein großes Anliegen, die Strafen zu verschärfen und vor allem die viel zu kurzen Verjährungsfristen zu verlängern. Schon damals habe ich die Auffassung vertreten, dass Kindesmissbrauch ein Verbrechen ist und auch im Gesetz so behandelt werden sollte. Ich bin froh, dass unsere Gesetze entsprechend geändert wurden.

Dramatisch finde ich das, was Sie zu uns gesagt haben. Besonders dramatisch empfinde ich es, dass Sie dies jemandem gesagt haben, der, als die kirchlichen Missbrauchsfälle bekannt wurden, einen Runden Tisch mit Opfern, mit Vertretern der Kirchen, mit Vertretern aller zuständigen Ministerien, mit Schulen und Vereinen ins Leben gerufen hat. Ich habe mit dem Kardinal und dem Landesbischof Gespräche geführt, weil diese Themen so immens wichtig sind. Diese Themen waren mir wirklich ein ganz, ganz großes Herzensanliegen ist. Ich bin über das, was ich heute von Ihnen hören musste, zutiefst bestürzt.

Frau Triebel, ehrlich gesagt erwarte ich von Ihnen persönlich eine Entschuldigung.

(Zurufe von der CSU: Bravo! – Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Dr. Merk. – Frau Kollegin Triebel hat sich zu einer Gegenrede gemeldet. Gibt es weitere Wortmeldungen zu einer Gegenrede? – Das ist nicht der Fall. – Damit erteile ich Frau Kollegin Triebel das Wort.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrte Frau Kollegin Dr. Merk, verehrter Herr Kollege Prof. Dr. Bausback, ich beziehe mich ganz klar auf einen Bericht der Staatsregierung auf unsere Schriftliche Anfrage vom letzten Jahr. Wir haben damals die Frage gestellt, wie denn mit dem WSW-Missbrauchsgutachten vonseiten der Staatsregierung im Jahr 2010 umgegangen worden ist. Dieses Gutachten wurde zwar nicht im Detail veröffentlicht, aber in der Presse wurde klar und deutlich gesagt,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): In der Presse!)

dass fast 300 Missbrauchsfälle in Akten aufgeführt seien. Auch im Bericht der Staatsregierung vom letzten Jahr ist zu lesen, dass die eminente konkrete, nicht fiktive Gefahr besteht, dass eine massive Aktenvernichtung seitens der Kirche erfolgen könnte.

Dieses Gutachten lag im Jahr 2010 vor. Es wurde vorgestellt. In diesem Gutachten war von der Möglichkeit die Rede, dass hier eventuell ganz konkrete Straftaten im Raum stehen. Dieses Gutachten hat die Staatsregierung neun Jahre lang liegen gelassen. Erst im Jahr 2019 wurde dieses Gutachten von der Staatsregierung infolge der MHG-Studie angefordert und durchgeschaut. Diese Studie wurde von der Erzdiözese München-Freising in Auftrag gegeben. Dass eine solche Studie neun Jahre lang liegen geblieben ist und dass ihr nicht nachgegangen wurde, ist für mich ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen und der Opfer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kollegin und lieber Kollege, Sie müssen sich selbst fragen, warum Sie dieses Gutachten nicht angefordert haben, um zu sehen, was da passiert ist.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin Triebel. – Wir kommen damit zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wir kommen zunächst zur einfachen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/26960. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD, der FDP sowie die Abgeordneten Busch (fraktionslos) und Sauter (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – Das sind die Abgeordneten Bayerbach (fraktionslos), Klingen (fraktionslos), Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/26941. Die Abstimmung wird mit Ihrem Abstimmungsgerät elektronisch durchgeführt. Für die Abstimmung stehen drei Minuten zur Verfügung. Die Abstimmung beginnt jetzt. –

(Namentliche Abstimmung von 17:29 bis 17:32 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ist jemand im Saal, der seine Stimme noch nicht abgeben konnte? Dann bitte ich, das jetzt noch nachzuholen. – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann ist die Abstimmung jetzt geschlossen.

Wir kommen zu einer weiteren namentlichen Abstimmung, und zwar über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/26961. Auch diese Abstimmung findet wieder mit den elektronischen Geräten statt. Die Abstimmungszeit dauert diesmal zwei Minuten und beginnt jetzt.

(Zurufe: Es geht nicht!)

Es könnte jetzt etwas länger dauern, bis es technisch möglich ist, weil die Zeit zwischen der vorigen Abstimmung und der jetzigen so kurz war. Also etwas Geduld!

(Zurufe: Es geht nicht!)

Ich höre gerade, dass es noch nicht funktioniert. Es wird noch ein paar Sekunden dauern. Auf Deutsch: Wir waren zu schnell!

Die zwei Minuten beginnen natürlich erst zu laufen, sobald es funktioniert. Das ist selbstverständlich.

(Unruhe – Zurufe)

Ich entnehme dem ein Plädoyer der Technik, auf allzu viele namentliche Abstimmungen in Zukunft zu verzichten.

Wenn Sie eine kurze Erklärung haben möchten: Das ist technisch so bedingt, dass erst das Ergebnis der vorigen Abstimmung hochgeladen werden muss. Das dauert manchmal eine gewisse Zeit. Erst dann kann die neue Abstimmung geladen werden.

Weitere Kommentare erspare ich uns.

Liebe Kolleginnen und Kollegen die Abstimmungszeit beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 17:36 bis 17:38 Uhr)

Werte Kolleginnen und Kollegen, ist jemand im Sitzungssaal, der noch nicht Gelegenheit hatte, die Stimme abzugeben? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann ist die Abstimmung jetzt beendet.

Die Ergebnisse der beiden namentlichen Abstimmungen werden dann später bekannt gegeben.

(...)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bevor wir zur Abstimmung kommen, gebe ich jetzt die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt, und zwar erstens zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Unabhängige Anlaufstelle für Betroffene von sexualisierter Gewalt im kirchlichen Kontext einrichten – Streitigkeiten im Kabinett im Sinne der Betroffenen endlich

beilegen!" auf Drucksache 18/26941. Mit Ja haben 37, mit Nein 112 Abgeordnete gestimmt. Es gab 2 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich gebe zweitens das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Für eine Kultur des Hinschauens – Betroffene ernst nehmen – Unabhängigen Missbrauchsbeauftragten für Bayern einrichten" auf Drucksache 18/26961 bekannt. Mit Ja haben 54 Abgeordnete, mit Nein 98 Abgeordnete gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.02.2023 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Unabhängige Anlaufstelle für Betroffene von sexualisierter Gewalt im kirchlichen Kontext einrichten - Streitigkeiten im Kabinett im Sinne der Betroffenen endlich beilegen! (Drucksache 18/26941)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal			
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus	X		
Busch Michael			X
Celina Kerstin	X		
Dr. **Cyron** Anne		X	
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren			
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert			
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian		X	
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. **Hahn** Ingo			
Halbleib Volkmar		X	
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Hayn Elmar	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans			
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang	X		
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard			
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Dr. **Kaltenhauser** Helmut			
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro			
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne			
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut	X		
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans		X	
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik	X		
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund	X		
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	37	112	2

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.02.2023 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Diana Stachowitz, Doris Rauscher u. a. und Fraktion SPD; Für eine Kultur des Hinschauens - Betroffene ernst nehmen - Unabhängigen Missbrauchsbeauftragten für Bayern einrichten (Drucksache 18/26961)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal			
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. **Cyron** Anne		X	
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren			
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert			
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. **Hahn** Ingo			
Halbleib Volkmar	X		
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Hayn Elmar	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans			
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang	X		
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard			
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Dr. **Kaltenhauser** Helmut			
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro			
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut	X		
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik	X		
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	54	98	1